



7. Vorlesung 27. Nov. 2008

Die Elemente des Businessplans



I. Executive/Management Summary



II. Unternehmenszweck

- Geschäftsidee, Geschäftsmodell, Unternehmensziele



III. Produkt/Dienstleistung

- Leistungsportfolio, Kundennutzen/Wettbewerbsvorteil, Leistungserstellung, Kosten



IV. Markt/Wettbewerb

- Marktanalyse, Kundenanalyse, Wettbewerbsanalyse



V. Marketing/Vertrieb

- Wettbewerbs-/Marketingstrategie, Marketing-Mix (price-product-place-promotion)



VI. Management/Organisation

- Gründer/Unternehmerteam, Rechtsform, Organisation, Mitarbeiter/Personalentwicklung



VII. Realisierungsplan/Meilensteine



VIII. Chancen/Risiken

- Szenario-Technik, Absatz-/ Umsatzprognosen, SWOT-Analyse, Risikomanagement



IX. Finanzplanung/Finanzbedarf

- Liquiditätsrechnung, GuV, Bilanz, Finanzbedarf/-plan, Finanzierungsmöglichkeiten



**Ersteller**

Business Plan

**Investor**

1. Was kostet die Verwirklichung des Plans ?
 - a) Sind die Angaben zu den Kosten vollständig ?
 - b) Sind sie realistisch / angemessen ?
2. Mit welchen Einnahmen ist zu rechnen ?
3. (Wann) rechnet sich der Betrieb ?
4. Wie erfolgt die Finanzierung (Mittelherkunft) ?
5. Lohnt sich die Investition / Wie riskant ist die Investition ?



Gliederung Finanzplanung/ Finanzbedarf

- **Liquiditätsplanung**

Berücksichtigung aller Ein- und Auszahlungen/Zahlungsfähigkeit

- **Gewinn- und Verlustrechnung**

Saldo von Erträgen und Aufwendungen/

Berechnungen zur Ermittlung des Jahresergebnisses

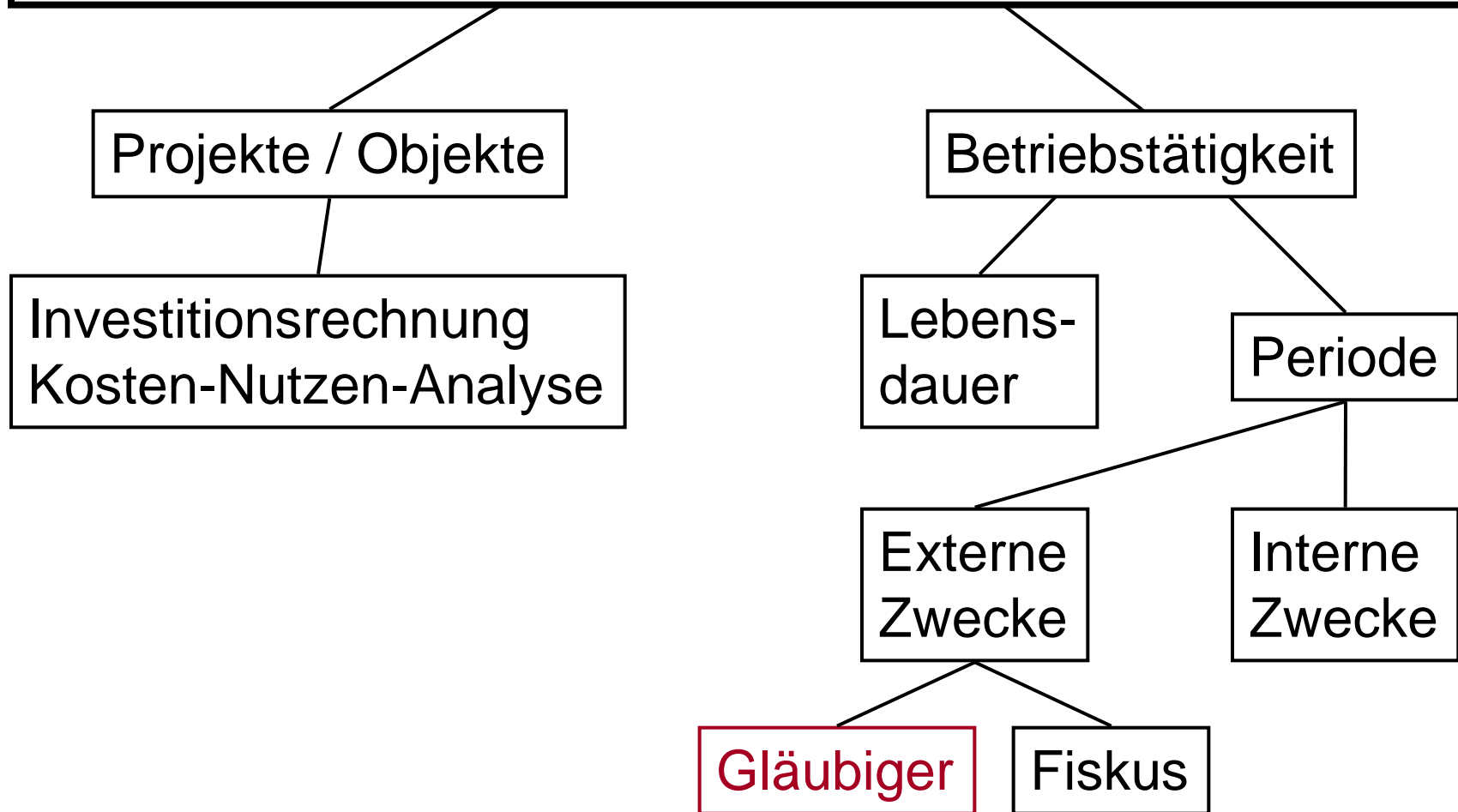
- **Bilanz**

Überblick über die Vermögens- und Kapitalentwicklung

- **Finanzbedarf, Finanzierungsmöglichkeiten**



Wirtschaftlichkeitsbetrachtung





Abgrenzung buchhalterischer Grundbegriffe

Auszahlungen

Ebene der Liquiditätsbetrachtung
(→ Finanzplanung)

Einzahlungen**Ausgaben****Einnahmen****Aufwand**

Ebene des Gesamterfolges
(→ Gewinn- und Verlustrechnung)

Ertrag

neutral		kostengleicher Aufwand	
außer- ordentlich	betriebs- fremd		

leistungsgleicher Aufwand		neutral	
außer- ordentlich	betriebs- fremd		

Kosten

Ebene des Betriebserfolges
(→ kurzfristige Betriebsrechnung)

Leistungen

aufwands- gleiche Kosten	Zusatz- (kalkul.) kosten
--------------------------------	--------------------------------

Perridon/Steiner 1977



Auszahlungen und Einzahlungen

(Ebene der Liquiditätsplanung → Finanzplanung)

- **Alle anfallenden Aus- und Einzahlungen** im Rahmen des Geschäftsbetriebes eines Unternehmens werden **als Geldbewegungen bezeichnet**.
- Auszahlungen sind alle Zahlungsmittelbeträge, die das Unternehmen per Kasse, Bank oder Postscheck verlassen.
- Einzahlungen sind alle Zahlungsmittelbeträge, die dem Unternehmen per Kasse, Bank oder Postscheck zufließen.
- **Zahlungsmittelbestand = Einzahlungen - Auszahlungen**
- Sämtliche Aus- und Einzahlungen werden durch Buchen der entsprechenden Belege erfasst.

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 1 S. 514, Bd. 2, S. 1457



Ausgaben und Einnahmen

- Ausgaben und Einnahmen werden in der Finanzrechnung erfasst.
- Ausgaben sind der Geldwert des Einkaufes von Produktionsfaktoren und Produkten unabhängig davon, ob beim Einkauf Zahlungsmittel abfließen oder Verbindlichkeiten eingegangen werden.
- Einnahmen sind der Geldwert des Verkaufes von Produkten und Produktionsfaktoren unabhängig davon, ob beim Verkauf Zahlungsmittel zufließen oder Forderungen erworben werden.
- $\text{Geldvermögen} = \text{Zahlungsmittelbestand} + \text{Forderungen} - \text{Verbindlichkeiten}$

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 495



Aufwendungen

(Ebene des Gesamterfolges → Gewinn- und Verlustrechnung)

- Sie finden in der Gewinn- und Verlustrechnung Berücksichtigung.
- Als Aufwendungen werden (periodisierte) Ausgaben (gemessen in Geldeinheiten) einer Unternehmung für die während einer Abrechnungsperiode ge- und verbrauchten Güter, Dienstleistungen und öffentlichen Abgaben bezeichnet.
- Sie werden auf entsprechende Aufwandskonten gebucht und in der Erfolgsrechnung den Erträgen gegenübergestellt.
- Aufwendungen können mit den Ausgaben des gleichen Zeitabschnitts übereinstimmen. Ist dies nicht der Fall, ist eine **zeitliche Abgrenzung** erforderlich.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 495



Erträge (I)

(Ebene des Gesamterfolges → Gewinn- und Verlustrechnung)

- Die von einer Unternehmung in einer Periode durch Erstellung von Gütern oder Dienstleistungen erwirtschafteten Einnahmen (gemessen in Geldeinheiten) werden als Ertrag bezeichnet.
- Erträge werden auf entsprechenden Ertragskonten gebucht.
- In der Gewinn- und Verlustrechnung wird zwischen
 - Erträgen des Ergebnisses der **gewöhnlichen** Geschäftstätigkeit und
 - **außerordentlichen** Erträgenunterschieden.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 495



Erträge (II)

(Ebene des Gesamterfolges → Gewinn- und Verlustrechnung)

- In der Kostenrechnung wird zwischen betriebsbedingtem Ertrag (oder Leistungen) und neutralem Ertrag differenziert.
 - Ersterer entsteht in Erfüllung des eigentlichen Betriebszwecks.
Es gilt:
 $\text{Betriebsertrag} = \text{Umsatzerlöse} \pm \text{Lagerbestandsveränderungen}.$
 - Der neutrale Ertrag fließt der Unternehmung aufgrund betriebsfremder und außerordentlicher Geschäftsvorfälle zu
(Buchgewinne bei Veräußerung von Anlagegegenständen, Steuerrückerstattungen, Währungsgewinnen etc.).

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 495

Kosten und Leistungen

(Ebene des Betriebserfolges → kurzfristige Betriebsrechnung)

- Der Kostenbegriff ist wie der Aufwandsbegriff durch einen Werteverzehr gekennzeichnet.
- Kosten beinhalten im Gegensatz zu Aufwendungen **stets nur** einen **betriebs-(zweck-)bedingten Werteverzehr**.
- Der betriebsbedingte Werteverzehr kann auch ohne Ausgaben erfolgen
- (-> kalkulatorische Kosten).
- Leistungen sind das bewertete Ergebnis der betrieblichen Tätigkeiten, ohne dass hieraus Einnahmen entstehen müssen.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 495

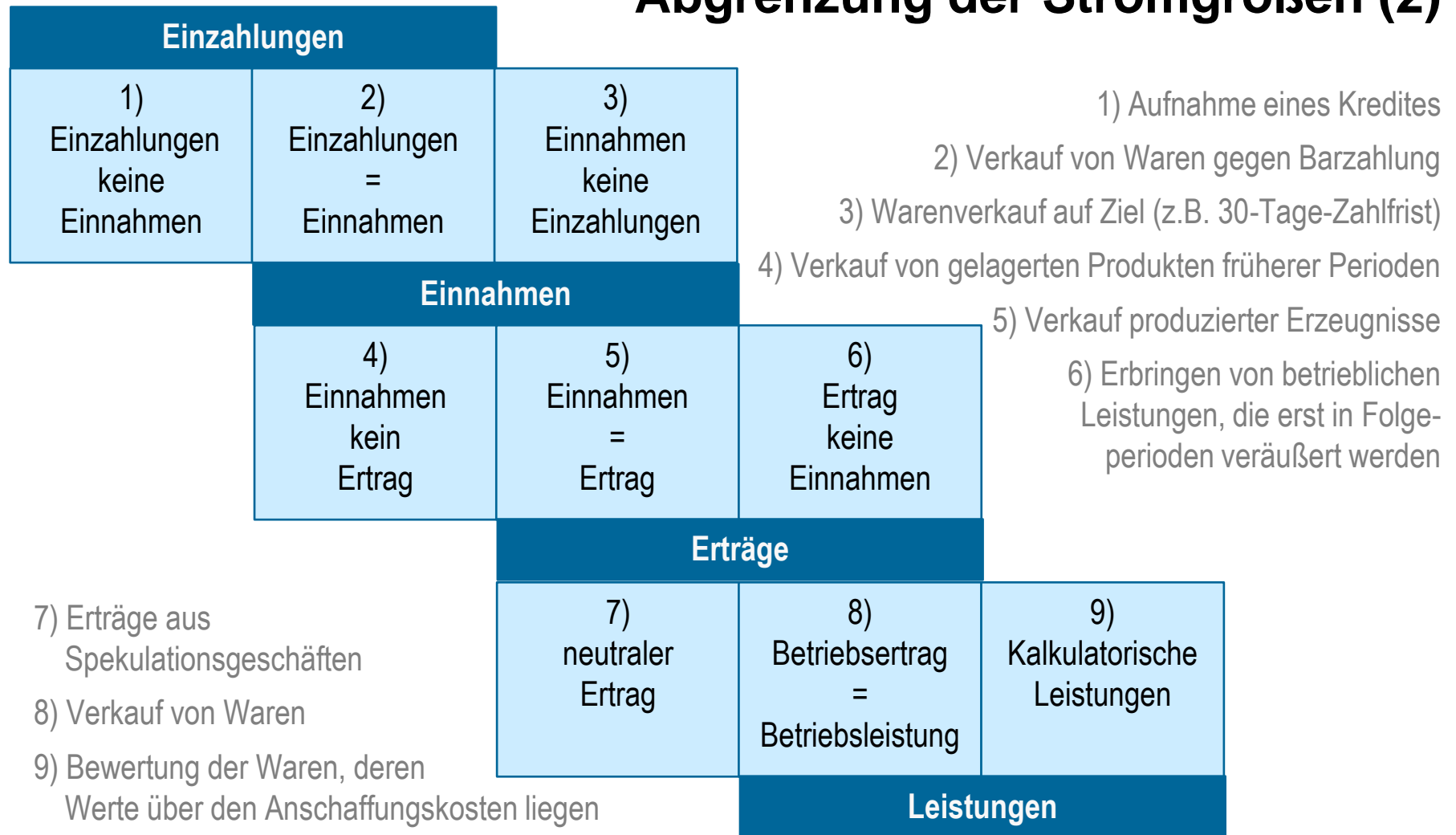
1) Bartilgung eines in einer früheren Periode aufgenommenen Kredits

Kosten

6) Verbrauch von Produktionsfaktoren, die erst in einer späteren Periode bezahlt werden

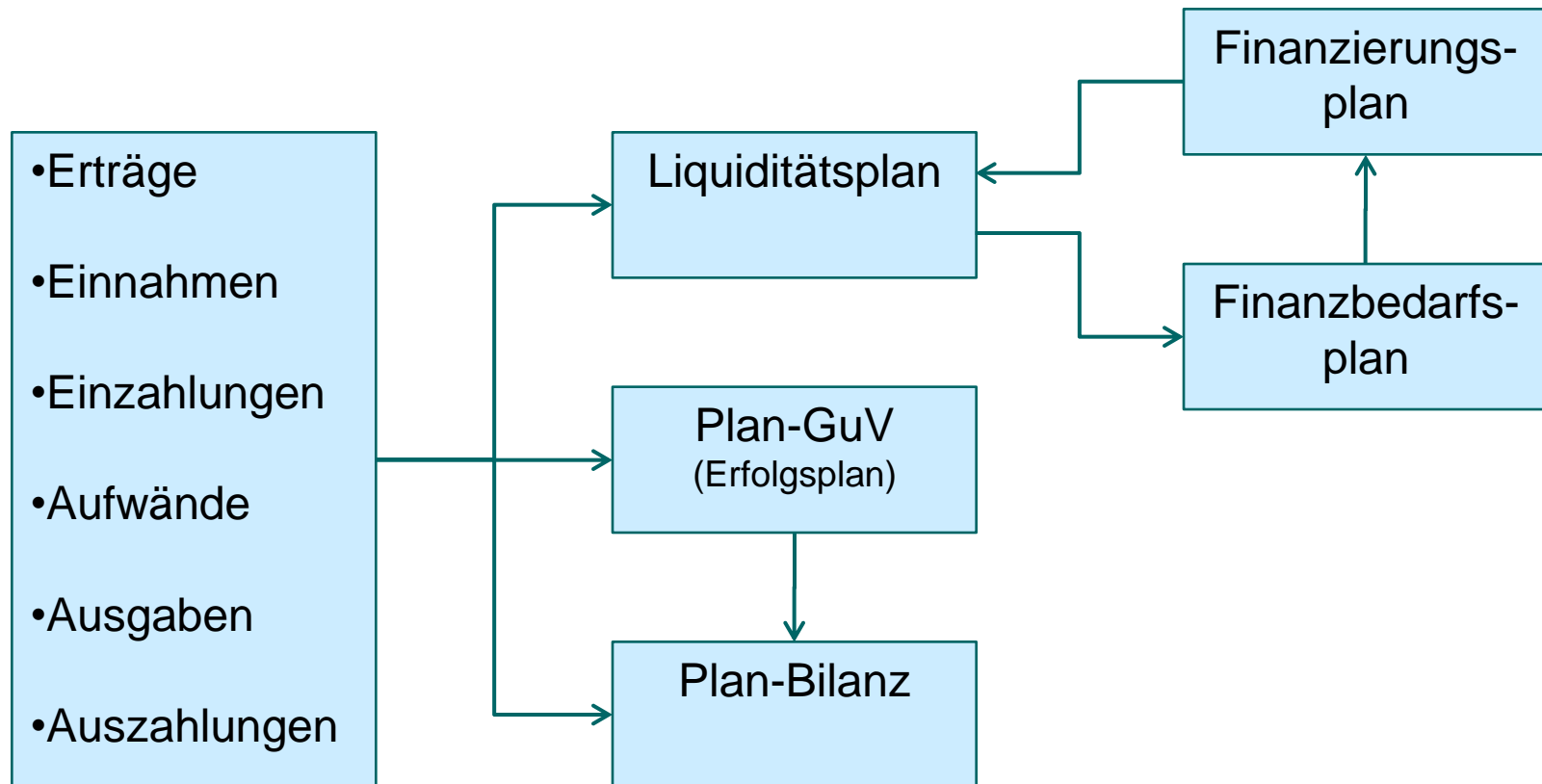
9b) Verrechnung von kalkulatorisch höheren Abschreibungen als in Bilanzabschreibung

Abgrenzung der Stromgrößen (2)





Zusammenhänge der Finanzplanung





Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit

- Liquidität kommt vor Rentabilität!
denn auch ein rentables Unternehmen kann zahlungsunfähig werden, wenn z.B. Kunden ihre Rechnungen nicht oder zu spät bezahlen
- Planung des unmittelbar verfügbaren Bestandes an finanziellen Mitteln (Bar- oder Zahlungsmittel), d.h. aller Ein- und Auszahlungen ist nötig!
 - für das 1. Jahr monatlich, für das 2. und 3. Jahr quartalsweise
 - zu berücksichtigen sind dabei auch:
 - Zahlungsziele und branchenübliche Zahlungsverzögerungen
 - saisonale Schwankungen und Urlaubszeiten
 - größere Posten, die einmal im Jahr oder pro Quartal anfallen
 - die unmittelbar durch die Gründung verursachten Kosten
- Es sind ausreichende Liquiditätsreserven einzuplanen!
Dies können bspw. vereinbarte, aber nicht in Anspruch genommene Kredite oder höhere Kontokorrentkredite sind.



Liquiditätsplanung

- Ermittlung aller **Ein- und Auszahlungen** sowie deren Gegenüberstellung.
- Es sind nur **tatsächlich stattfindende Zahlungsflüsse** zu verrechnen, d.h. es gibt ggf. Vorträge in die Liquiditätsplanung der Folgeperiode u. nicht alle finanziellen Vorgänge betreffen den Bar-/Zahlungsmittelbestand.
- Aus der Differenz der Ein- und Auszahlungssummen ergibt sich ggf. ein **Kapitalbedarf**, wenn die kumulierten Auszahlungen die kumulierten Einzahlungen übersteigen.
- Der Kapitalbedarf kann z.B. durch **weitere Kredite, Kapitaleinlagen, Gesellschafterdarlehen oder Stille Beteiligungen** gedeckt werden.
- Die **Kontokorrentkreditlinie** sollte nicht zur Deckung eines einplanbaren Kapitalbedarfs genutzt werden, damit sie **als tatsächliche Reserve** bei ungeplanten Ereignissen noch zur Verfügung steht und außerdem eine sehr teure Refinanzierungsform darstellt



Liquiditätsplanung – betriebliche Einzahlungen

Liquiditätsplan	Monat 1 GJ1	Monat 2 GJ1	...	Monat 12 GJ1	Q1 GJ2	Q2 GJ2	...	Q4 GJ3
Einzahlungen (betrieblich)								
Umsatzerlöse (o. MwSt.)								
Anzahlungen (o. MwSt.)								
Sonstige betriebliche Erträge (o. MwSt.)								
Erhaltene MwSt.								
Umsatzsteuererstattung								
Summe Einzahlungen (betrieblich)								



Liquiditätsplanung – betriebliche Auszahlungen (1)

Liquiditätsplan	Monat 1 GJ1	Monat 2 GJ1	...	Monat 12 GJ1	Q1 GJ2	Q2 GJ2	...	Q4 GJ3
Auszahlungen (betrieblich)								
Material-/Wareneinkauf (o. MwSt.)								
Fremdleistungen (o. MwSt.)								
Personal - Löhne und Gehälter								
Personal - Sozialabgaben								
Mieten (o. MwSt.)								
Heiz-/Nebenkosten (o. MwSt.)								
Telefon, Internet, Porto (o. MwSt.)								
Bürobedarf, Arbeitsmittel (o. MwSt.)								
Wartung und Reparaturen (o. MwSt.)								
Kfz.-Kosten (o. MwSt.)								
Reisekosten (o. MwSt.)								
Beratungskosten (Recht, Steuer,...)(o. MwSt.)								
Versicherungen, Leasing (o. MwSt.)								
Werbung (o. MwSt.)								
Sonstige betriebliche Kosten (o. MwSt.)								
Zwischensumme Auszahlungen								



Liquiditätsplanung – betriebliche Auszahlungen (2)

Liquiditätsplan	Monat 1 GJ1	Monat 2 GJ1	...	Monat 12 GJ1	Q1 GJ2	Q2 GJ2	...	Q4 GJ3
Auszahlungen (betrieblich)								
...								
Zwischensumme Auszahlungen								
Einrichtung/Investitionen (o. MwSt.)								
Gründungskosten (o. MwSt.)								
Rekrutierung, Ausbildung, Weiterbildung (o. MwSt.)								
Gezahlte Vorsteuer								
Umsatzsteuervorauszahlungen								
Ertragssteuer(voraus)zahlungen								
Summe Auszahlungen (betrieblich)								



Liquiditätsplanung – Ein- u. Auszahlungen Finanzierung

Liquiditätsplan	Monat 1 GJ1	Monat 2 GJ1	...	Monat 12 GJ1	Q1 GJ2	Q2 GJ2	...	Q4 GJ3
Einzahlungen (Finanzierung)								
Stammkapital/Privateinlage								
Beteiligungskapital								
langfristige Kredite/Darlehen								
Dispositionscredit (in Anspruch genommen)								
Zinserträge								
Subventionen/Fördermittel (Zuschüsse)								
Summe Einzahlungen (Finanzierung)								
Auszahlungen (Finanzierung)								
Kredittilgung/Darlehensrückzahlung								
Zinsaufwände								
Privatentnahmen								
Gewinnausschüttungen								
Summe Auszahlungen (Finanzierung)								



Liquiditätsplanung – Salden und Endbestand

Liquiditätsplan	Monat 1 GJ1	Monat 2 GJ1	...	Monat 12 GJ1	Q1 GJ2	Q2 GJ2	...	Q4 GJ3
Summe Einzahlungen (betrieblich)								
Summe Auszahlungen (betrieblich)								
Saldo Ein- und Auszahlungen (betrieblich)								
Summe Einzahlungen (Finanzierung)								
Summe Auszahlungen (Finanzierung)								
Saldo Ein- und Auszahlungen (Finanzierung)								
Saldo Ein- und Auszahlungen (Gesamt)								
<i>Zahlungsmittelbestand:</i>								
Anfangsbestand (=Endstand Vorperiode)								
Endbestand (=Anfangsbestand + Saldo(Gesamt))								

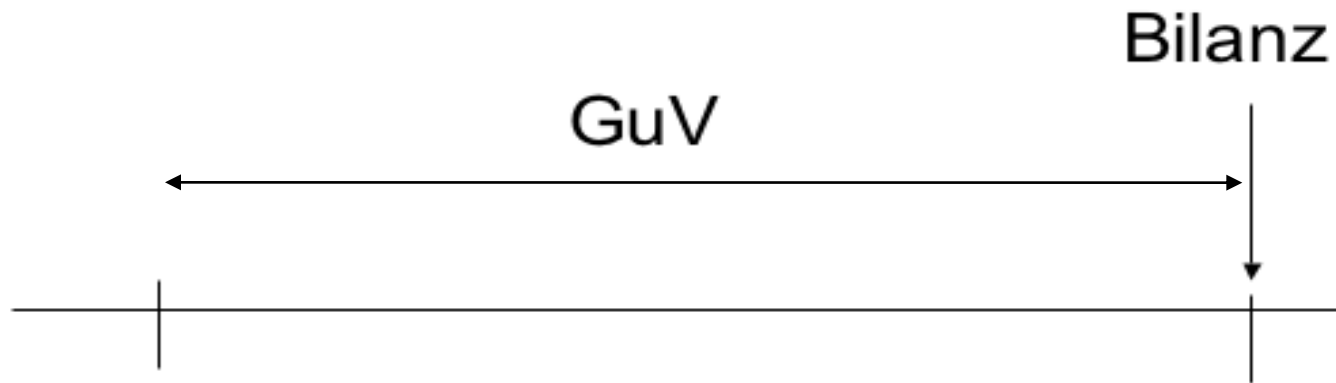
Liquiditätsplanung – Liquiditätsreserve

Liquiditätsplan	Monat 1 GJ1	Monat 2 GJ1	...	Monat 12 GJ1	Q1 GJ2	Q2 GJ2	...	Q4 GJ3
Endbestand (=Anfangsbestand + Saldo(Gesamt))								
Endstand Kontokorrent								
Kontokorrentlinie								
Liquiditätsreserve								



Bilanz und GuV

- Bilanz und GuV (Gewinn- und Verlustrechnung) sind Teil des gesetzlich vorgeschriebenen Jahresabschlusses.



- Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Kapital und Vermögen zu einem Stichtag. Sie zeigt die Mittelherkunft und -verwendung.
- Die GuV-Rechnung ist die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen über eine Periode.



Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

- dient zur **Ermittlung des Jahresergebnis** (Gewinn oder Verlust)
- wird **jährlich** erstellt (Periode ggf. unabhängig vom Kalenderjahr!)
- **Gegenüberstellung der** in diese Periode **angefallenen Erträge und Aufwendungen** (unabhängig vom tatsächlichen Zahlungszeitpunkt!), d.h. der erfolgswirksamen Einnahmen des Unternehmens und des aufgetretenen Werteverzehrs innerhalb dieser Abrechnungsperiode (also nicht nur Zahlungen, sondern auch Forderungen/Verbindlichkeiten)
- Erträge und Aufwendungen sind Kategorien zuzuordnen (es gelten gesetzliche Vorschriften des § 275 HGB!)
- gibt Überblick über die Vermögensmehrung bzw. –minderung (Gewinn erhöht das Eigenkapital / Verlust zehrt Kapital auf)
- gibt Auskunft über das steuerwirksame Geschäftsergebnis
- gibt aber keinen Einblick in den aktuellen Zahlungsmittelbestand!



Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Operative Betriebsergebnis

(Erträge und Aufwendungen der Unternehmenstätigkeit)

+/- Finanzergebnis

(alle Zinsen und ähnliche Erträge und Aufwendungen)

= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

+/- außerordentliches Ergebnis

(einmalig oder unregelmäßig anfallende sowie betriebsfremde Aufwendungen und Erträge)

= Gewinn/Verlust vor Steuern

- Steuern

(z.B. Körperschafts- und Gewerbeertragssteuern)

= Jahresüberschuss(+) / Jahresfehlbetrag (-)

(Verluste können zwei Jahre zurück und unbegrenzt vorgetragen werden!)



GuV nach Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 II HGB

- + 1. Umsatzerlöse
- +/- 2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
- + 3. Andere aktivierte Eigenleistungen
- = *Betriebsleistung*
- + 4. Sonstige betriebliche Erträge
- = *Betriebsertrag*
- 5. Materialaufwand:
 - a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
 - b) Aufwendungen für bezogene Leistungen
- 6. Personalaufwand:
 - a) Löhne und Gehälter
 - b) Soziale abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, davon Altersversorgung
- 7. Abschreibungen:
 - a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
 - b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
- 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen
- = *Operatives Betriebsergebnis - EBIT (Earnings before Interest and Taxes)*
- + 9. Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
- + 10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzaanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen
- + 11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen
- 12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens
- 13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon aus verbundenen Unternehmen
- = *Finanzergebnis*
- = **14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**
- 15. Außerordentliche Erträge
- 16. Außerordentliche Aufwendungen
- +/- 17. Außerordentliches Ergebnis
- = *Gewinn/Verlust vor Steuern*
- 18. Steuern vom Einkommen und Ertrag
- 19. Sonstige Steuern
- = **20. Jahresüberschuss/-fehlbetrag**



GuV gemäß § 275 II HGB (Teil 1)

- + 1. Umsatzerlöse
- +/- 2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
- + 3. Andere aktivierte Eigenleistungen
- = *Betriebsleistung*
- + 4. Sonstige betriebliche Erträge
- = *Betriebsertrag*
- 5. Materialaufwand:
 - a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
 - b) Aufwendungen für bezogene Leistungen
- 6. Personalaufwand:
 - a) Löhne und Gehälter
 - b) Soziale abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, davon Altersversorgung
- 7. Abschreibungen:
 - a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
 - b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
- 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen
- = *Operatives Betriebsergebnis - EBIT (Earnings before Interest and Taxes)*



GuV gemäß § 275 II HGB (Teil2)

...

- = *Operatives Betriebsergebnis - EBIT (Earnings before Interest and Taxes)*
- + 9. Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
- + 10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des
Finanzaanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen
- + 11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen
- 12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens
- 13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon aus verbunden Unternehmen
- = *Finanzergebnis*
- = **14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**
- 15. Außerordentliche Erträge
- 16. Außerordentliche Aufwendungen
- +/- 17. Außerordentliches Ergebnis
- = *Gewinn/Verlust vor Steuern*
- 18. Steuern vom Einkommen und Ertrag
- 19. Sonstige Steuern
- = **20. Jahresüberschuss/-fehlbetrag**



Erweiterung der GuV für Aktiengesellschaften gemäß § 158 AktG

= 20. Jahresüberschuss/-fehlbetrag

- 21. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr
- 22. Entnahmen aus der Kapitalrücklage
- 23. Entnahmen aus Gewinnrücklagen
 - a) aus der gesetzlichen Rücklage
 - b) aus der Rücklage für eigene Aktien
 - c) aus satzungsgemäßen Rücklagen
 - d) aus anderen Gewinnrücklagen
- 24. Einstellungen in Gewinnrücklagen
 - a) in die gesetzliche Rücklage
 - b) in die Rücklage für eigene Aktien
 - c) in die satzungsgemäßen Rücklagen
 - d) in die anderen Gewinnrücklagen

= 25. Bilanzgewinn/Bilanzverlust



(Umsatz-)Erlöse

- Erlöse werden auf gesonderten Ertragskonten verbucht.
- Die ausgewiesenen Werte errechnen sich aus dem Gegenwert durch Verkauf, Vermietung und Verpachtung von Produkten vermindert um Umsatzsteuer und ggf. weiteren Erlösschmälerungen.
- Die Erlöse umfassen in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) die
 - Umsatzerlöse und
 - einen Teil der sonstigen betrieblichen Erträge.
- **Umsatzerlöse** entstehen im regulären Geschäftsbetrieb.
- Sie treten auf, wenn die Erzeugnisse verkauft werden und
 - dem Kunden in Rechnung gestellt werden bzw.
 - die Kunden direkt bezahlen (in bar, per Überweisung, Scheck o.ä.).

Bestandsmehrung u. -minderung

- Es ist nicht realistisch, dass alle in einer Abrechnungsperiode hergestellten bzw. vorgehaltenen Erzeugnisse auch verkauft werden.
- Um solche Bestände zu erfassen, werden zunächst auf den entsprechenden Konten im Rahmen einer Inventur die Endbestände der Abrechnungsperiode ermittelt.
- Ein Vergleich mit den Anfangsbeständen (sie sind die Endbestände der Vorperiode) dient zur Ermittlung von Mehr- oder Minderbeständen.
- Von einem Mehrbestand an Erzeugnissen wird gesprochen, wenn mehr hergestellt bzw. beschafft als verkauft wurde.
- Ein Minderbestand liegt vor, wenn mehr verkauft als hergestellt bzw. beschafft wurde.
- Diese Veränderungen müssen am Ende des Geschäftsjahres bei der Ermittlung des Erfolges in der GuV-Rechnung berücksichtigt werden.

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 1 S. 697f.



Sonstige betriebliche Erträge

- Sie stellen Sammelpositionen dar, in denen alle Erträge erfasst werden, soweit sie nicht unter den anderen Positionen der GuV-Rechnung auszuweisen sind.
- Hierzu gehören bspw.
 - Erträge aus dem Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, oder
 - Erträge aus der Zuschreibung von Forderungen aufgrund einer Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 525



Materialaufwand

- Für die industrielle Produktion von Erzeugnissen werden Rohstoffe, Hilfsstoffe und Betriebsstoffe verwendet. Außerdem können Fremdbauteile und Handelswaren (zur Komplettierung oder als Zubehörteile für die Erzeugnisse) bezogen werden.
- Im Handel geht es um den Wareneinkauf.
- Die Einkäufe bzw. Zugänge der oben genannten Güter werden auf entsprechenden Bestandskonten erfasst.
- Der Verbrauch der oben genannten Güter in der Produktion wird als Aufwand gebucht.
- An einem Stichtag (bspw. Jahresabschluss) werden die Mehr- oder Minderbestände, die sich im Rahmen der Inventur als Differenz zwischen Anfangs- und Schlussbeständen ergeben, auf den Aufwands- und Bestandskonten entsprechend korrekturgebucht.



Personalaufwand

- Arbeiter und Angestellte bringen ihre Arbeitskraft in den Leistungsprozess des Unternehmens ein.
- **Personalaufwendungen** spiegeln die „Gegenleistungen“ des Unternehmens für den Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit wider.
- Hierzu zählen **Fertigungslöhne, Hilfslöhne, Gehälter**, sowie **gesetzliche, tarifliche und freiwillige soziale Aufwendungen**:
 - Gesetzliche Sozialabgaben sind beispielsweise der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung oder die Unfallversicherung.
 - Tariflich geregelte Sozialleistungen sind z.B. Urlaubsgeldzahlungen.
 - Freiwillige Sozialleistungen sind Gratifikationen wie Weihnachtsgeld.
- Zu einem Stichtag (bspw. 1x im Monat) wird der Arbeitseinsatz abgerechnet und auf den entsprechenden Aufwandskosten gebucht.



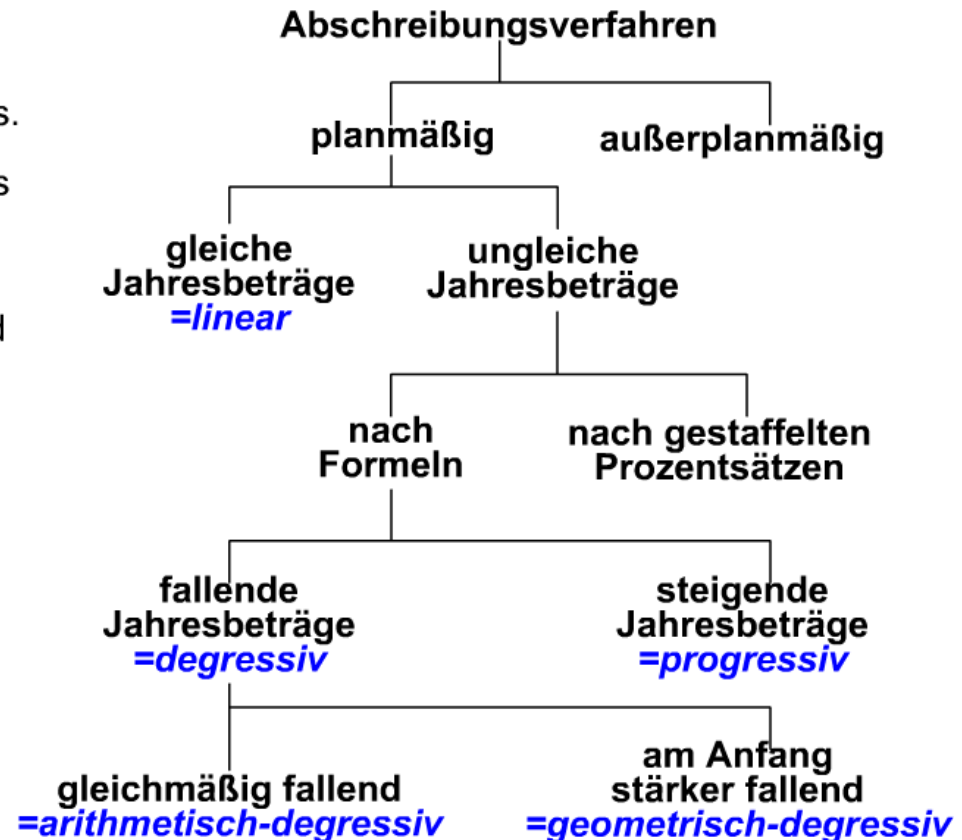
(Anlage-) Investitionen

- Zahlungsvorgänge, die mit einer Auszahlung beginnen, werden als **Investitionen** bezeichnet.
- Zahlungsvorgänge dagegen, die mit einer Einzahlung beginnen, stellen eine **Finanzierung** im engeren Sinne dar.
- Beispielweise ist der Kauf eines neuen LKW eine Investition im Bereich des Anlagevermögens.
- Hierdurch entsteht ein Wertezugang, der nicht voll in den aktuellen Leistungsprozess eingeht, sondern auch in die Leistungsprozesse der folgenden Jahre.
- In den Leistungsprozess geht nur der Werteeinsatz durch Nutzung und Veralterung im laufenden Jahr ein, der mit Hilfe von **Abschreibungen** erfasst wird.



Abschreibungen

- Die abnutzbaren Gegenstände des Anlagevermögens verlieren durch ihren Einsatz im Leistungsprozess des Unternehmens einen Teil ihres Wertes.
- Dieser Werteverlust wird am Ende des Geschäftsjahres durch Abschreibungen erfasst.
- In einem Unt. können planmäßige und außerplanmäßige Abschr. erfolgen.
- Planmäßige Abschreibungen können mittels gleichen und ungleichen Jahresbeträgen erfolgen.
- Ungleiche Jahresbeträge können mittels Formeln und Prozentzahlen ermittelt werden.
- Jahresbeträge können degressiv und progressiv gestaffelt werden.
- Des Weiteren werden arithmetisch-degressive und geometrisch-degressive Verfahren unterschieden.



Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 540ff., S. 624f.



Sonstige betriebliche Aufwendungen

- Sammelpositionen, in denen alle Aufwendungen erfasst werden, die nicht unter den anderen Positionen der GuV-Rechnung auszuweisen sind, wie
 - Mieten
 - Heiz-/Nebenkosten
 - Telefon, Internet, Porto
 - Bürobedarf, Arbeitsmittel
 - Wartung und Reparaturen
 - Kfz.-Kosten
 - Reisekosten
 - Beratungskosten (Recht, Unternehmen, Steuer,...)
 - Versicherungen, Leasing
 - Werbung
 - Sonstige Aufwendungen



Sonstige betriebliche Aufwendungen: **Raumkosten**

- Unter Raumkosten lassen sich
 - Kosten für den Unterhalt der Gebäude und Räumlichkeiten wie
 - Versorgung (bspw. Wasser, Energie)
 - Entsorgung (bspw. Abwasser, Müll) und
 - Mieten/Pachten für die Nutzung von Immobilienzusammenfassen.
- Diese Aufwendungen werden ebenfalls über die GuV-Rechnung erfasst bzw. über entsprechende Aufwandskonten gebucht.



Sonstige betriebliche Aufwendungen: **Werbung**

- Die Maßnahmen eines Unternehmens im Bereich Werbung können als betrieblicher Aufwand geltend gemacht werden.
- Verwendet wird das Aufwandskonto "Werbeaufwendungen", um die Dienstleistung zu verbuchen.



Sonstige betriebliche Aufwendungen: **Spenden u. Sponsoring**

- Mit Spenden und Sponsoring stärkt das Unternehmen freiwillig private und öffentliche Einrichtungen.
- Das Sponsoring ist eine Mischung aus Werbung und Spende. Hierbei wird eine explizite Erwähnung des Sponsors an herausragender Stelle vorgenommen.
- Durch diese Aktivitäten erhofft sich das Unternehmen die Förderung seines Ansehens.
- Weiterhin dient dies der Vorbeugung zusätzlicher Steuern und anderer Abgaben zur Förderung sozialer u. a. Einrichtungen.
- Spendengelder können unter gewissen Umständen als betrieblicher Aufwand vom zu versteuernden Gewinn abgezogen werden.



Sonstige betriebliche Aufwendungen: **Versicherungen**

- Beiträge zu Versicherungen die im direkten Zusammenhang mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens stehen, stellen betriebliche Aufwendungen dar und können als Betriebsausgaben in die Gewinn- und Verlustrechnung eingehen.
- Beispiele:
 - Gebäudeversicherung
 - Haftpflichtversicherung
 - Kfz-Versicherung
 - Unfallversicherung



Sonstige betriebliche Aufwendungen: **Mitgliedsbeiträge**

- Mit Mitgliedsbeiträgen sichert das Unternehmen das Bestehen und Arbeiten privater und öffentlicher Einrichtungen.
- Eine Mitgliedschaft kann freiwilliger Natur oder verpflichtend sein.
- Als Gegenleistung stellt die Einrichtung dem Mitglied besondere Leistungen zu besonderen Konditionen bereit, die sich nur an ihre Mitglieder richten.
- Mitgliedsbeiträge können unter gewissen Umständen als betrieblicher Aufwand vom zu versteuernden Gewinn abgezogen werden.



Sonstige betriebliche Aufwendungen: **Gebühren/Nutzungsentgelte**

- Gebühren und Nutzungsentgelte sind ebenfalls betriebliche Aufwendungen.
- Hierunter fallen bspw. die im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb anfallenden
 - Entgelte für die Nutzung von (Telekommunikations-) Einrichtungen bzw. Netze oder
 - die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter (bspw. Gebühren für die Post- und Paketzustellung).



Zinserträge

- Wenn das Unternehmen finanzielle Mittel bei Kreditinstituten oder anderen Finanzinstituten vorhält, überlässt es diesen das Nutzungsrecht für diese Gelder.
- Der dafür erhaltene Zins wird auf Kontokorrentkonten oder auf Festgeldkonten gutgeschrieben.
 - Sobald Kontokorrentkonten Guthaben aufweisen, fließen dem Unternehmen Kapitalerträge in Form von Zinseinnahmen zu.
 - Unternehmen, die vorübergehend einen relativ hohen Bestand an liquiden Mitteln haben, legen die nicht benötigten Mittel für einen begrenzten Zeitraum zinsbringend an.
- Diese Erlöse stellen einen Nebenerlös für eine neben dem Hauptbetriebszweck erbrachte Leistung dar.



Zinsaufwand und Tilgung

- Die Abbuchung von Zinsen und die Tilgungsraten für Kredite, Hypotheken, Grundschuld oder langfristige Darlehen bewirken Mittelabflüsse vom Bankkonto.
- Zinsen stellen das Entgelt für die Überlassung von Fremdkapital bspw. einer Bank in einem Zeitraum dar. Die Höhe der Zinsen ist abhängig
 - von der Höhe des erhaltenen Kredits,
 - vom vereinbarten Zinssatz sowie
 - von der Dauer der Kreditinanspruchnahme.
- Die Zinsaufwendungen werden ebenfalls über die GuV-Rechnung erfasst bzw. über entsprechende Aufwandskonten gebucht.



Außerordentliches Ergebnis

- Das außerordentliche Ergebnis fasst die erfolgswirksamen Vorgänge zusammen, die hinsichtlich ihrer Art und hinsichtlich ihrer Höhe ungewöhnlich sind.
- Ihnen liegt stets eine wesentliche Abweichung gegenüber der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zugrunde.
- Das außerordentliche (also nicht im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) erzielte Ergebnis beinhaltet
 - außergewöhnliche bzw. betriebsfremde Aufwendungen bzw. Erträge und
 - periodenfremde, wenn zugleich betriebsfremde Aufwendungen bzw. Erträge.

Quelle: Bea/Fried/Schweitzer, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bd. 2, Stuttgart 2005, S. 562f.



Steuern

- Steuern sind Geldleistungen, die keine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft.
- Steuern, die betriebliche Aufwendungen darstellen, können als Betriebsausgaben den zu versteuernden Gewinn mindern und gehen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein.
 - unter betriebliche Steuern fallen bspw.
 - Kfz-Steuer
 - Gewerbesteuer
 - Umsatzsteuer
 - keine betrieblichen Steuern sind die Lohn- und Kirchensteuern der beschäftigten Arbeitnehmer.

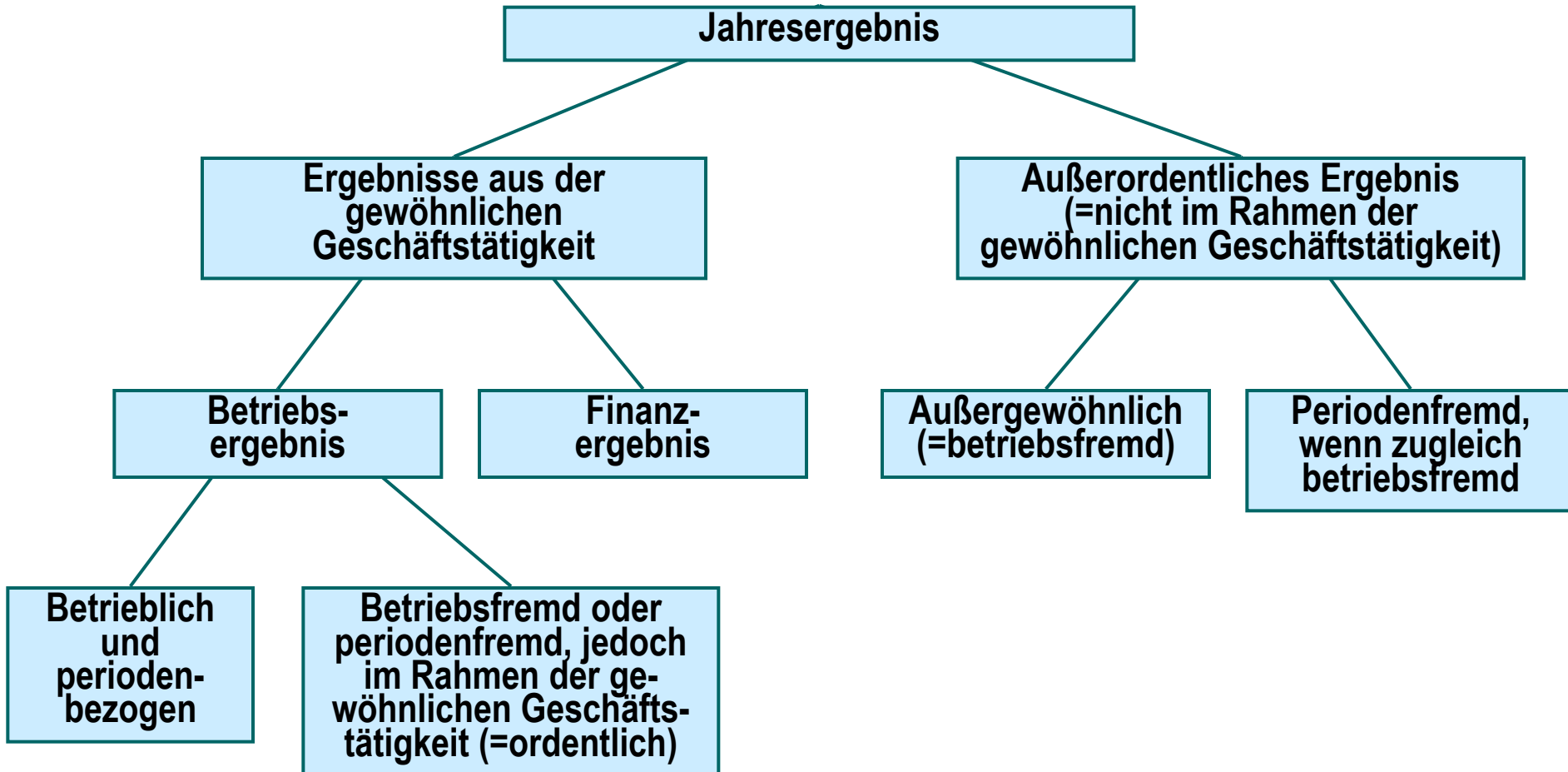
Jahresergebnis

- Das Gewinn- und Verlustkonto (GuV) dient beim Jahresabschluss zum Ermitteln des Ergebnisses des betrieblichen Leistungsprozesses eines Zeitraumes (bspw. Geschäftsjahr).
- Vor der Ermittlung der Körperschaftssteuer (die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der juristischen Person) stellt der Saldo auf dem GuV-Konto den **Gewinn vor Steuern** dar (sofern Aufwand < Ertrag).
- Auf Basis des ermittelten **Gewinn vor Steuern** (sofern vorhanden) wird die Körperschaftssteuer berechnet.
- Die Körperschaftssteuer ist somit kein gewinnmindernder Aufwand wie bspw. die Kfz-Steuer.
- Nach Buchung der Körperschaftssteuer auf das entsprechende Aufwandskonto kann das Konto und die GuV-Rechnung abgeschlossen werden.
- Der nun entstehende Saldo wird als **Jahresergebnis** bezeichnet: ein Gewinn als **Jahresüberschuss** u. ein Verlust als **Jahresfehlbetrag**.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 525f.



Differenzierung Jahresergebnis

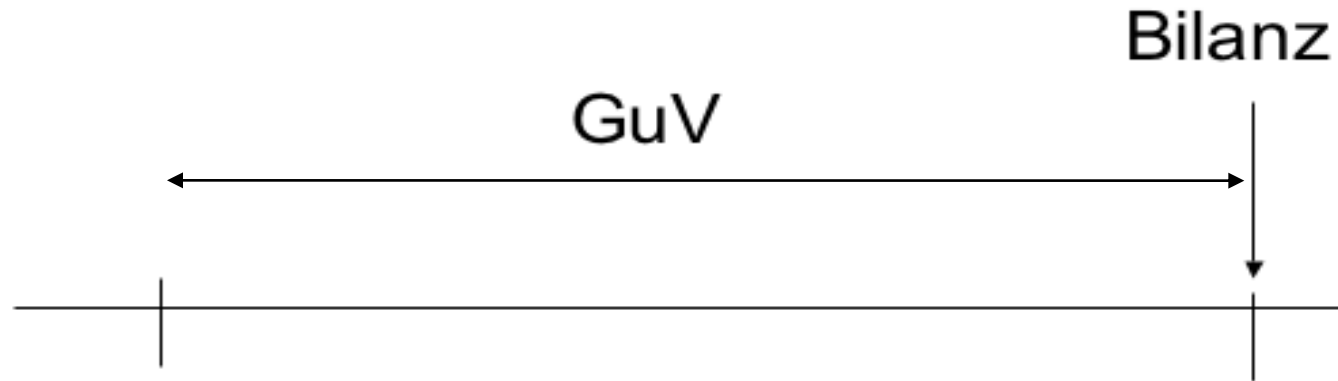


Quelle: Bea/Fried/Schweitzer, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bd. 2, Stuttgart 2005, S. 562f.



Bilanz und GuV

- Bilanz und GuV (Gewinn- und Verlustrechnung) sind Teil des gesetzlich vorgeschriebenen Jahresabschlusses.



- Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Kapital und Vermögen zu einem Stichtag. Sie zeigt die Mittelherkunft und -verwendung.
- Die GuV-Rechnung ist die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen über eine Periode.



Bilanz

- **Zu einem bestimmten Zeitpunkt** (bspw. Abschluss einer Abrechnungsperiode) **werden Vermögen und Kapital** eines Unternehmens **gegenübergestellt**.
- Eine Abrechnungsperiode umfasst in der Regel ein Geschäftsjahr.
- Das **Kapital bzw. die Passiva** zeigt/zeigen **die Herkunft** der eingesetzten finanziellen Mittel.
- Das **Vermögen bzw. die Aktiva** zeigt/zeigen **die konkrete Verwendung** der eingesetzten finanziellen Mittel.
- Die Passiva zeigen demnach auch die Ansprüche
 - der Gläubiger (Fremdkapital) und
 - der Anteilseigner (Eigenkapital)an das Vermögen des Unternehmens.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 499ff.



Bilanz

Aktiva Mittelverwendung

Passiva Mittelherkunft

Anlagevermögen

Eigenkapital

Gewinn

Langfristiges
Fremdkapital

Umlaufvermögen

Kurzfristiges
Fremdkapital

Geldnähe

Fälligkeit



Handelsbilanz und Steuerbilanz

- Eine Bilanz gemäß **Handelsrecht** (Handelsbilanz) hat lt. § 242 I HGB jeder Kaufmann zu Beginn seines Geschäftes und zum Schluss eines Geschäftsjahres zu erstellen.
- Eine **Steuerbilanz** ist eine Aufstellung über das Betriebsvermögen unter Beachtung steuerlicher Grundsätze. Mit ihr wird der steuerliche Gewinn eines bilanzierenden Unternehmens ermittelt (vgl. §§ 4 EStG ff.).
- Der schematische **Aufbau** der Steuerbilanz **gleich** dem der Handelsbilanz (vgl. § 266 HGB).
- Die Steuerbilanz eines Unternehmens weist nicht zwingend die gleichen Posten wie in der entsprechenden Handelsbilanz auf, dennoch ist eine Annäherung aufgrund des Maßgeblichkeitsprinzips gegeben (§ 5 Abs. 1 EStG).
- **Unterschiede** zwischen den jeweiligen Bilanzen treten insbesondere bei der **Bewertung** der einzelnen Bilanzpositionen auf wegen der unterschiedlichen Interessenlage der jeweiligen Adressaten

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 3 S. 2311, Bd. 5, S. 1704f.



Grundstruktur der Bilanz gemäß § 266 HGB

Aktiva

Passiva

A Anlagevermögen

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände (1.-3. ...)
- II. Sachanlagen (1.-4. ...)
- III. Finanzanlagen (1.-6. ...)

B Umlaufvermögen

- I. Vorräte (1.-4. ...)
- II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (1.-4. ...)
- III. Wertpapiere (1.-3. ...)
- IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

C Rechnungsabgrenzungsposten

A Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage (1.-4. ...)
- III. Gewinnrücklage
- IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag
- V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

B Rückstellungen

- 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- 2. Steuerrückstellungen
- 3. Sonstige Rückstellungen

C Verbindlichkeiten

- 1. Anleihen
- 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- 3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen
- 4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- 5. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel
- 6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
- 7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- 8. Sonstige Verbindlichkeiten

D Rechnungsabgrenzungsposten



Vermögen

- Im Sinne des BGB bezeichnet **Vermögen** die Summe der **einer (juristischen) Person** zustehenden geldwerten Güter, Rechte und Forderungen ohne Abzug der Schulden und Verpflichtungen.
- Das **Vermögen eines Unternehmens** ist der zusammenfassende und wertmäßige Ausdruck von **Betriebsmitteln, Vorräten im Leistungsprozess und liquiden Mitteln**.
- Sämtliche Vermögensgegenstände können nach ihrer Verweil- und **Nutzungsdauer** im Unternehmen in der Bilanz gegliedert werden.
- Ein anderes Kriterium der Gliederung unternehmensinterner Vermögensgegenstände ist die Ordnung nach **Liquidität**, also nach dem Grad, wie schnell der jeweilige Vermögensgegenstand durch Verkauf in Geld umgesetzt werden kann.
- Die beiden genannten Gliederungskriterien ergänzen sich, so dass sich das Vermögen in die beiden Gruppen **Anlagevermögen** und **Umlaufvermögen** aufteilen lässt.

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 6, S. 2381



Anlagevermögen

- Das Anlagevermögen
 - **dient dem Betriebszweck,**
 - **ist nicht zur Veräußerung bestimmt und**
 - **verweilt permanent oder langfristig** im Unternehmen.
- Die Erhaltung, Reparatur und Ersatzbeschaffung von Anlagevermögen ist Aufgabe der Anlagenwirtschaft.
- Hinsichtlich der steuerrechtlichen Bewertung ist **zwischen abnutzbarem und nicht abnutzbarem Anlagevermögen zu unterscheiden.**
- Der Grad der Liquidierbarkeit ist relativ gering, da die Gegenstände des Anlagevermögens nur relativ schwierig in Geld umgesetzt werden können, ohne die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit des Unternehmens nennenswert zu schwächen.
- Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme ist in der Industrie i.d.R. erheblich höher als im Handel.

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 1, S. 221



Anlagevermögen – Gliederung nach § 266 HGB

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten
2. Geschäfts- oder Firmenwert
3. Geleistete Anzahlungen

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
2. Technische Anlagen und Maschinen
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
3. Beteiligungen
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
5. Wertpapiere des Anlagevermögens
6. Sonstige Ausleihungen



Bewertung des Anlagevermögens (1)

- Um Gegenstände des Anlagevermögens bewerten zu können, wird zwischen abnutzbaren und nicht abnutzbaren Wirtschaftsgütern unterschieden.
- Für **nicht abnutzbare Gegenstände des Anlagevermögens** (bspw. Grundstücke und Finanzanlagen) gilt:
 - Sie dürfen lt. HGB höchstens mit den **Anschaffungskosten** angesetzt werden.
 - Ein niedrigerer Wert am Bilanzstichtag (Tageswert) *kann* angesetzt werden, wenn die Wertminderung vorübergehend ist (gemildertes **Niederstwertprinzip**).
 - Der niedrigere Wert **muss** jedoch angesetzt werden, wenn die Wertminderung von Dauer ist (Wertberichtigung, a.o. Abschreibung)



Bewertung des Anlagevermögens (2)

- **Abnutzbare Gegenstände des Anlagevermögens** (bspw. Maschinen) werden
 - zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und
 - um **planmäßige Abschreibungen** vermindert.
- Außerplanmäßige Abschreibungen werden sowohl bei abnutzbaren als bei nicht abnutzbaren Anlagegegenständen vorgenommen, wenn bspw. ein entsprechender Schadensfall eintritt.



Immaterielle Vermögensgegenstände

Unternehmenswert:

- Marktkapitalisierung
- Geschäfts- oder Firmenwert
- Goodwill
(Überschuss des Kaufpreises
über den erworbenen
Nettosubstanzwert)
- Substanzwert
(Teilrekonstruktionswert)

Immaterielle Werte ?!

- Selbst entwickelte Software
und Berater-Knowhow
- Marken
- Produkt- u. Prozesspotenzial
aufgrund Forschung und
Entwicklung



Immaterielle Vermögenswerte (1)

- **Aktivierungsverbot** für selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte in § 248 II HGB
- **Selbst entwickelte Software** ist (unter engen Bedingungen) nach US-GAAP zu aktivieren.
- HGB, IAS-und US-GAAP-Abschlüsse zeigen keine **Forschungsausgaben**.
- Entwicklungsausgaben sind nur unter engen Bedingungen nach IAS anzusetzen.
- Allerdings: zentrales Interesse der Kapitalgeber an Informationen über immaterielle Werte (sinnvoll: Beifügung eines **zusätzlichen Berichtes**)

Quelle: Prof. Ballwieser, LMU München 2003

<http://www.rwp.bwl.uni-muenchen.de/download/immateriellewerte.pdf>



Immaterielle Vermögenswerte (2)

- In Dienstleistungsgesellschaften ist das Aktivierungsverbot nicht mehr zeitgemäß (Telekommunikation, Medien, Internet, Beratung, etc.). Informationen über immaterielle Werte sind für Kapitalgeber zentral.
- Aber Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Werte steht im Konflikt von Relevanz und Nachprüfbarkeit.

Daher: Berichte außerhalb der Bilanz sind sinnvoll.



Gegenüberstellung US-GAAP und HGB

Aktivierungspflicht für Computersoftware besteht

US-GAAP

- wenn die Modifikation von intern genutzter Software mit hoher Wahrscheinlichkeit zusätzliche Funktionalität liefert
- Aufwendungen für Software unter bestimmten Voraussetzungen

HGB

- nur im Fall von Fremdleistungen

Quelle: <http://www.teialehrbuch.de/USG/16764-Zusammenfassende-Gegenueberstellung-der-wesentlichen-Unterschiede-zwischen-US-GAAP-und-HGB.html>

Was sind überhaupt **Generally Accepted Accounting Principles**?

Herausgegeben von der US-amerikanischen Wertpapieraufsichtsbehörde

GAAP sind definiert in SAS 69: "The phrase 'generally accepted accounting principles' is a technical accounting term that encompasses the conventions, rules, and procedures necessary to define accepted accounting practice at a particular time. It includes not only broad guidelines of general application, but also detailed practices and procedures. Those conventions, rules, and procedures provide a standard by which to measure financial presentation."

Da die Anzahl von "broad guidelines" und "detailed practices and procedures" zahlreich ist, legt SAS 69 eine Rangfolge verschiedener Quellen von GAAP fest. Diese Hierarchie wird auch "House of GAAP" genannt.

Woraus besteht ein Jahresabschluß nach US-GAAP? - Die als "basic financial statements" bezeichneten Elemente eines US-GAAP Abschlusses sind in SAS 29 aufgeführt:

- * balance sheet
 - * statement of income
 - * statement of retained earnings or changes in stockholders' equity
 - * statement of cash flows
 - * description of accounting policies
 - * notes to the financial statements
 - * schedules and explanatory material that are identified as being part of the basic financial statements
- a supplementary information or



Ansatz und Bewertung von Software nach US-GAAP

- gemäß den speziellen Vorschriften der SFAS 86 ist die bilanzielle Aktivierung von Software geboten, wenn die Erstellung der Software
 - im Auftrag Dritter und unter deren Risiko erfolgt oder
 - Risikoträger zwar das eigene Unternehmen ist, aber die Software für andere hergestellt wird und die technische Realisierbarkeit nachweisbar ist oder
 - im Rahmen eines vom Management unterstützten Projektes erfolgt und das Unternehmen selbst Nutzenträger ist
 - Aktivierungsfähig sind allerdings nur Aufwendungen zwischen der Phase der Alternativenentwicklung/–auswahl und der Fertigstellung bzw. Aufwendungen im Zusammenhang mit „Upgrades“:
 - Material- und Lohneinzelkosten
 - Kosten aufgrund externer Dienstleistungen
 - im Zusammenhang mit der Entwicklung stehende Zinsaufwendungen
 - Aktivierungsverbot besteht für Gemein- und Verwaltungskosten

Quelle: <http://www.teialehrbuch.de/USG/16761-Ansatz-und-Bewertung-von-Intangible-Assets.html>

Implementierung von Software

Gemäß § 255 Abs. 1 HGB sind nur durch Dritte entstandene Softwarekosten zu aktivieren, die den Vermögensgegenstand in einen betriebsbereiten Zustand versetzen. Für entstandene eigene Aufwendungen scheidet eine Aktivierung aus. Es dürfen überdies nur Kosten ab dem Zeitpunkt der Beschaffungsphase aktiviert werden. Sowohl nach US-Statement of Position (SOP) 98.1-21 als auch IAS (IAS 38.24) sind alle direkt zurechenbaren Kosten, demnach auch Personalkosten für unmittelbar beteiligte Mitarbeiter zu aktivieren, welche die Software auf deren Nutzung vorbereiten. Somit erfolgt keine Unterscheidung zwischen extern angefallenen und unternehmensintern entstandenen Kosten.

Software zur Eigennutzung, Modifikation bestehender Software

Wie bei der Implementierung von Software sind gemäß § 255 Abs. 1 HGB nur Anschaffungskosten anzusetzen. Für Eigenleistungen des Unternehmens besteht ein Aktivierungsverbot.

Gemäß US-GAAP sind die Aufwendungen für Entwicklung von intern genutzter Software zu aktivieren. Handelt es sich dagegen um die Modifikation einer bereits bestehenden Software, darf nur dann eine Aktivierung des Aufwands erfolgen, wenn die Modifikation mit großer Sicherheit zusätzliche Funktionalität liefert (SOP 98-1.24). Wartungsaufwand ist demgegenüber sofort erfolgswirksam zu erfassen (EITF 97-13). IAS folgt dem Gedanken der US-GAAP Regelung und sieht eine Aktivierung von Aufwendungen ebenfalls nur vor, wenn dadurch der wirtschaftliche Nutzen der Software erhöht wird (SIC 6.4).

Software zur Vermarktung

Eine weitere US-GAAP spezifische Detailregelung zu der Behandlung von Forschungs- und Entwicklungskosten findet sich in SFAS 86 „Accounting for the Costs of Computer Software to be Sold, Leased, or Otherwise Marketed“. Die Vorschrift stellt klar, dass die angefallenen Kosten (Planung, Design, Programmierung und Testläufe) bis zur Sicherstellung der technischen Durchführbarkeit des Projekts (Technical Feasibility) Entwicklungskosten darstellen, aus welchen kein aktivierbares Nutzenpotenzial erwächst. Die im Anschluss anfallenden Kosten für die Produktion der Software-Masterprogramme sind hingegen zu aktivieren.

Quelle: Bruns/Thuy/Zeimes, Bilanzierung immaterieller Vermögenswerte und Goodwill in: Controlling, Heft 3/4, März/April 2003



Umlaufvermögen

- Zum Umlaufvermögen zählen **alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verweilen**. Sie sind durch ihre hohe Umschlaghäufigkeiten charakterisiert.
- Im Gegensatz zum Anlagevermögen, das permanent oder langfristig genutzt wird, **verändert sich** das Umlaufvermögen **ständig**.
- Der **Grad der Liquidierbarkeit** ist beim Umlaufvermögen **sehr hoch**, da durch Veräußerung dieser Gegenstände schnell und einfach liquide Mittel beschafft werden können, ohne die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit des Unternehmens nachhaltig zu schwächen.
- Das Umlaufvermögen kann durch das kurzfristige Fremdkapital finanziert werden.

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 6, S. 2034



Umlaufvermögen – Gliederung nach § 266 HGB

I. Vorräte

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen
3. Fertige Erzeugnisse und Waren
4. Geleistete Anzahlungen

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen
3. Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
4. Sonstige Vermögensgegenstände

III. Wertpapiere

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. Eigene Anteile
3. Sonstige Wertpapiere

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks



Bewertung von Umlaufvermögen

- Für die Bewertung des Umlaufvermögens gilt als Bewertungsvorschrift das strenge **Niederstwertprinzip**.
- Es fordert den Ansatz des Börsen- oder Marktpreises (vgl. § 253 Abs. 3 HGB).
- Gegenstände des Umlaufvermögens werden demnach nur dann mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt, wenn diese Werte geringer sind, als die zum Bilanzstichtag am Markt erzielbaren Preise. Ansonsten werden die Marktpreise als Bewertungsgrundlage genommen.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 531



Bewertungsvereinfachungsverfahren

- Aus Gründen der Arbeitsvereinfachung ist lt. HGB eine **vereinfachte Bewertung** möglich.
- Eine **Festbewertung** (Menge x Preis) des Sachanlagevermögens und der Umlaufvermögenspositionen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe darf vorgenommen werden,
 - wenn der Bestand nur sehr geringe Veränderungen in Wert und in der physischen Zusammensetzung hat,
 - die Vermögensgegenstände regelmäßig ersetzt werden und
 - in ihrer Höhe von nachrangiger Bedeutung sind.
- Bei der **Sammelbewertung** wird unterschieden zwischen
 - der Durchschnittsmethode und
 - dem Verbrauchsfolgeverfahren

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 539



Verbrauchsfolgeverfahren

- Nur für gleichartige Wirtschaftsgüter des Vorratsvermögens
- Zeitliche Ordnung der Anschaffungs-/Herstellungskosten der einzelnen Zugänge
 - FIFO: Die zuerst angeschafften/hergestellten Gegenstände werden als erstes verbraucht/veräußert (first in - first out).
 - LIFO: Die zuletzt angeschafften/hergestellten Gegenstände werden als erstes verbraucht/veräußert (last in - first out).
- Wertmäßige Ordnung der Anschaffungs-/Herstellungskosten
 - HIFO: Die jeweils teuersten Gegenstände werden als erstes verbraucht/veräußert (highest in - first out).
 - LOFO: Die jeweils billigsten Gegenstände werden als erstes verbraucht/veräußert (lowest in - first out).
- Die hieraus resultierenden Wertansätze sind fiktive Anschaffungs-/Herstellungskosten der als Bestände zu aktivierenden Gegenstände.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 540



Grundstruktur der Bilanz gemäß § 266 HGB

Aktiva

Passiva

A Anlagevermögen

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände (1.-3. ..)
- II. Sachanlagen (1.-4. ...)
- III. Finanzanlagen (1.-6. ...)

B Umlaufvermögen

- I. Vorräte (1.-4. ...)
- II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (1.-4. ...)
- III. Wertpapiere (1.-3. ...)
- IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

C Rechnungsabgrenzungsposten

A Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage (1.-4. ...)
- III. Gewinnrücklage
- IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag
- V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

B Rückstellungen

- 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- 2. Steuerrückstellungen
- 3. Sonstige Rückstellungen

C Verbindlichkeiten

- 1. Anleihen
- 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- 3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen
- 4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- 5. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel
- 6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
- 7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- 8. Sonstige Verbindlichkeiten

D Rechnungsabgrenzungsposten



Kapital

- Die Finanzierung sämtlicher Vermögenswerte erfolgt durch das eingebrachte Kapital im Unternehmen.
- Die Summe aller vorhandenen Vermögensgegenstände im Unternehmen ist genauso hoch wie die Summe des vorhandenen Kapitals.
- Das Kapital im Unternehmen zeigt auf, woher die finanziellen Mittel stammen (Kapitalherkunft).
- In Betracht kommen dabei eigenen Mittel des Unternehmens (Eigenkapital) und fremde, geliehene Finanzmittel mit Rückzahlungsverpflichtung (Fremdkapital).

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 597ff.



Eigenkapital

- Das **Eigenkapital** eines Unternehmens setzt sich größtenteils aus den Einlagen der Eigentümer und den einbehaltenen Gewinnen zusammen.
- Je nach Art der Bilanz und/oder gesetzlichen Regelungen haben bestimmte Gesellschaftsformen Rücklagen zu bilden.
 - **Gesetzliche Rücklagen** sind durch Aktiengesellschaften zu bilden.
Jährlich sind 5% des um einen Verlustvortrag geminderten Jahresüberschusses in die gesetzlichen Rücklage einzustellen, bis die gesetzliche Rücklage und die Kapitalrücklage zusammen mindestens 10 % des Grundkapitals erreichen [...] (vgl. § 150 (2) AktG).
 - **Gewinnrücklagen** werden aus den Erträgen der abgelaufenen Geschäftsjahre gebildet.
Es handelt sich um kumulierte versteuerte Gewinne, die im Unternehmen verblieben sind und nicht ausgeschüttet wurden.
- Beim **Verlustvortrag** besteht die Möglichkeit, (in der Vergangenheit) aufgelaufene Verluste in der aktuellen Bilanz aufzuführen und mit Gewinnen in den folgenden Perioden zu verrechnen. Der Verlustvortrag ist sowohl handelsrechtlich als auch steuerrechtlich von Bedeutung.

Quelle: Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 518f.



Eigenkapital – Gliederung nach § 266 HGB

- I. Gezeichnetes Kapital**
- II. Kapitalrücklage**
- III. Gewinnrücklage**
 - 1. Gesetzliche Rücklage
 - 2. Rücklage für eigene Anteile
 - 3. Satzungsmäßige Rücklagen
 - 4. Andere Gewinnrücklagen
- IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag**
- V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag**



Rückstellungen

- Rückstellungen werden für eventuelle Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen gebildet.
- Zum Zeitpunkt der Bildung von Rückstellungen ist sowohl die Höhe als auch der Zeitpunkt des Entstehens ungewiss.
- Beispiele:
 - Rückstellungen für eventuelle Garantieleistungen
 - Pensionsrückstellungen
- Rückstellungen sind demnach als Verbindlichkeit charakterisiert, denen vorerst keine Verpflichtung Dritten gegenüber zugrunde liegt.

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 1 S. 514, Bd. 5, S. 1306f.



Rückstellungen – Gliederung nach § 266 HGB

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
2. Steuerrückstellungen
3. Sonstige Rückstellungen



(Fremdkapital =) Verbindlichkeiten

- Fremdkapital ist die Bezeichnung für die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten (Schulden) der Unternehmung gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind.
- Das Fremdkapital wird in die Fälligkeit bzw. Dringlichkeit der Rückzahlung gegliedert. Demnach wird zwischen langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten unterschieden.
- Langfristige Verbindlichkeiten sind beispielsweise die von Banken gewährten Hypothekenschulden oder Darlehensschulden.
- Kurzfristige Verbindlichkeiten entstehen, wenn Lieferantenrechnungen nicht sofort beglichen werden oder das Bankkonto überzogen wird.

Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 2, S. 1916



Verbindlichkeiten – Gliederung nach § 266 HGB

1. **Anleihen,**
davon konvertibel
2. **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**
3. **Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen**
4. **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**
5. **Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel**
6. **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen**
7. **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**
8. **Sonstige Verbindlichkeiten,**
davon aus Steuern, davon im Rahmen der sozialen Sicherheit



Rechnungsabgrenzung – Gliederung nach § 266 HGB

- Rechnungsabgrenzungsposten sind Posten innerhalb der Bilanz, die in einem Geschäftsjahr anfallen, jedoch wirtschaftlich komplett oder teilweise in das folgende bzw. ein zukünftiges Geschäftsjahr zuzuordnen sind.
- Sie dienen also der periodengerechten Erfolgsermittlung, indem die Zahlungen in die Perioden ihrer Erfolgswirksamkeit transferiert werden.
- **Aktive Rechnungsabgrenzung** bedeutet, dass der Betrieb (aktiv) Aufwendungen leistet, die zumindest teilweise in das nächste Geschäftsjahr gehören. Die Ausgaben erfolgen vor dem Abschlussstichtag, der Aufwand ist jedoch für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag zuzuordnen (vgl. § 250 Abs. 1 HGB). Bsp.: Die Januarmiete 2006 wird bereits im Dezember 2005 bezahlt.
- **Passive Rechnungsabgrenzung** erfolgt, wenn der Betrieb Erträge erhält welche dem nächsten Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Dies können beispielsweise erhaltene Zinsen oder Mieten für Teile des neuen Geschäftsjahres sein.

Quellen: Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, Berlin, Bd. 1 S. 514, Bd. 5, S. 1306f., Schierenbeck, Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, Oldenbourg Verlag München, S. 518



Grundstruktur der Bilanz gemäß § 266 HGB

Aktiva

Passiva

A Anlagevermögen

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände (1.-3. ..)
- II. Sachanlagen (1.-4. ...)
- III. Finanzanlagen (1.-6. ...)

B Umlaufvermögen

- I. Vorräte (1.-4. ...)
- II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (1.-4. ...)
- III. Wertpapiere (1.-3. ...)
- IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

C Rechnungsabgrenzungsposten

A Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage (1.-4. ...)
- III. Gewinnrücklage
- IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag
- V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

B Rückstellungen

- 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- 2. Steuerrückstellungen
- 3. Sonstige Rückstellungen

C Verbindlichkeiten

- 1. Anleihen
- 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- 3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen
- 4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- 5. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel
- 6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
- 7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- 8. Sonstige Verbindlichkeiten

D Rechnungsabgrenzungsposten

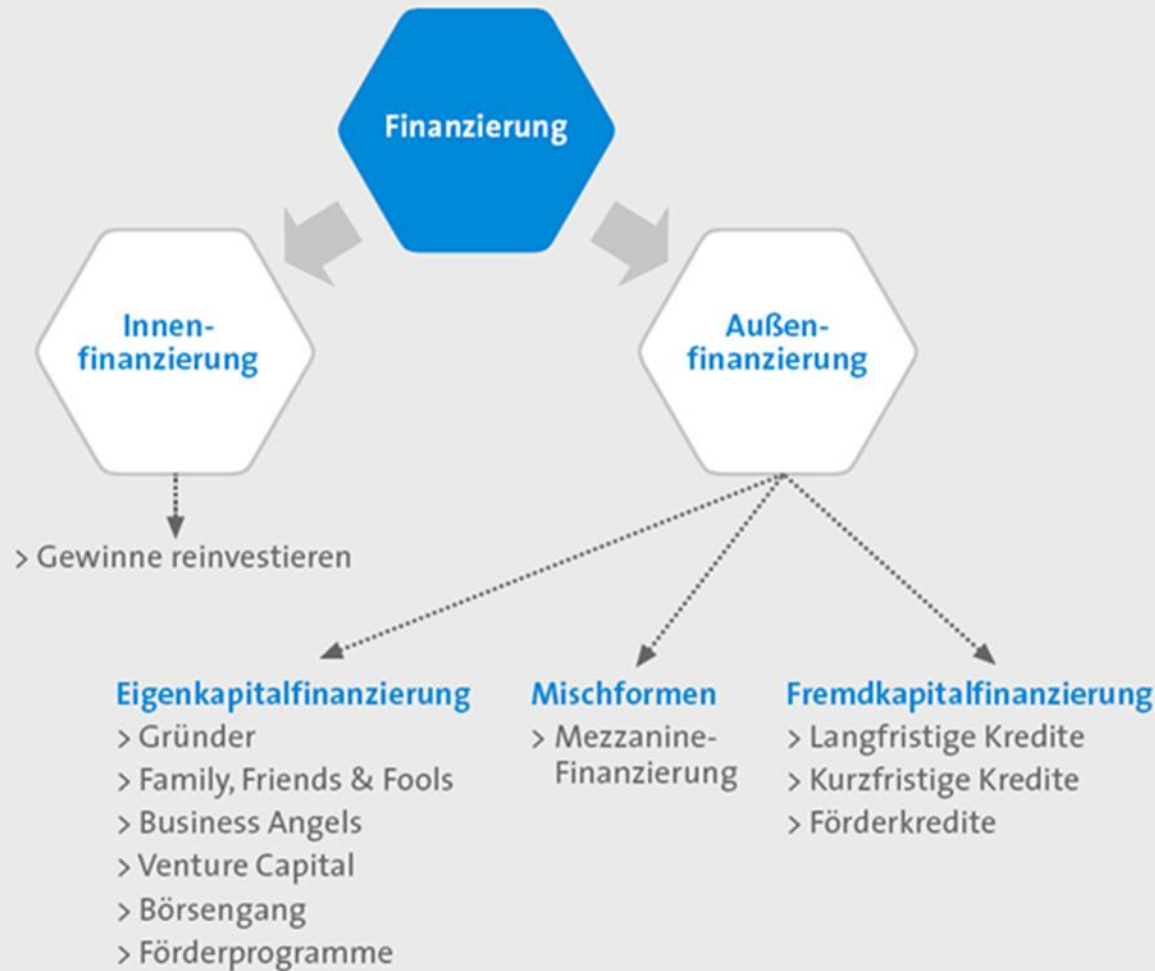


Finanzierung

- I.d.R. verfügt das Unternehmerteam nur über einen Teil der für Aufbau und Wachstum des gegründeten Unternehmens notwendigen Mittel.
- Wann und in welcher Höhe zusätzliche finanzielle Mittel benötigt werden kann dem Liquiditätsplan entnommen werden.
- Dieser Finanzierungsbedarf kann aus verschiedenen Quellen gedeckt werden, die auch miteinander kombiniert werden können. Die Wahl einer Finanzierungsform hängt auch vom jeweiligen Finanzierungsgegenstand/-zweck ab.
- Dabei sollten sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch bei der Höhe des Kapitals ausreichend Reserven eingeplant werden.



Finanzierungsformen



Quelle: http://www.bpw-nordbayern.de/user_upload/businessplan-handbuch.pdf (entnommen am 26.10.2006)



Leitfragen zur Finanzierung

- Wie hoch sind das Eigenkapitalanteil und der Fremdkapitalbedarf?
- Wie verteilt sich der Finanzbedarf hinsichtlich der 3-5 Jahresplanung? (ersichtlich aus dem Liquiditätsplan!)
- Welche Sicherheiten können eingesetzt werden?
- Welche Finanzierungsquellen kommen wofür in Frage? (Förderprogramme, Beteiligungskapitalgeber, ...)
- Können bestimmte Objekte geleast werden? Zu welchen Konditionen?
- Welche finanziellen Risiken ergeben sich aus dem Konzept und wie kann diesen entgegengewirkt werden?
- Welche Annahmen liegen den Finanzplanungen stets zu Grunde?